

Inhalt:**Gerecht oder effizient (LOHN)****Kapriolen einer Leitwährung (DOLLAR)****Warum der Zins so wichtig ist (ZINS)****Warum der Ölpreis so wichtig ist (ÖLPREIS)****Die perfekte Kapitalanlage - der Immobilienpreis (IMMOBILIEN)****Der Brotpreis - Sein oder Nichtsein (BROTPREIS)**

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE PREISE

Gerecht oder effizient

RHEINISCHE POST/ veröffentlicht: 27.05.05

Autor: Martin Kessler

Düsseldorf (rpo). Kein volkswirtschaftlicher Preis hat größeren Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der meisten Menschen als der Lohn. In Industriestaaten wie Deutschland ist die überwiegende Mehrzahl der Arbeitswilligen abhängig beschäftigt. Und die Beziehung zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten bestimmen den größten Teil des Wirtschaftslebens.

Die Frage nach dem richtigen Lohn, dem gerechten Lohn oder dem Lohn, der nach Marktlage möglich ist, bestimmt deshalb den Alltag der Mehrheit unserer Bevölkerung. Und jeder, der für einen anderen arbeitet, hat darüber eine feste Meinung. Zumindest sollte der Lohn ausreichen, eine Familie zu ernähren, eine Wohnung zu zahlen und mit Auto oder Bahn mobil zu sein. Dann noch etwas auf die hohe Kante - für Notfälle. Und inzwischen auch ein Teil für die Altersvorsorge. Das ist die gängige Meinung. Sie erscheint auch vernünftig. Aber sie sagt nur wenig aus über die tatsächliche Lohnbestimmung, über Arbeitslosigkeit oder internationalen Wettbewerb.

Produktivität ist entscheidend

Was die Experten zur Lohnbildung geschrieben haben, füllt inzwischen gleich mehrere Bibliotheken. Schon die Philosophen Aristoteles und Thomas von Aquin machten sich Gedanken über den gerechten Lohn. Und der deutsche Ökonom Johann Heinrich von Thünen, einer der besten Vertreter seines Fachs im 19. Jahrhundert, ließ sogar die Formel für den gerechten Lohn auf seinem Grabstein verewigen. Zeitgenossen wie der Brite David Ricardo dachten nüchterner.

Nach dessen Modell kann der Lohn niemals dauerhaft über das Subsistenz-Niveau steigen. Denn eine Steigerung des Lohnes würde sofort die Zahl der Nachkommenschaft der Arbeiter erhöhen. Das größere Angebot würde den Lohn senken, und die Geburtenhäufigkeit in der Arbeiterklasse würde zurückgehen. Der Gleichgewichtslohn läge demnach nur bei einem kärglichen Existenzminimum.

Thünen wie Ricardo täuschten sich. Das war die Stunde der Väter der neoklassischen Wirtschaftstheorie, die am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes aufstellten. Danach verdient im Gleichgewicht ein Lohnabhängiger nur so viel, wie er bei einem gegebenen Maschinenpark und einer vorhandenen Beschäftigung zusätzlich zum Produktionsprozess beiträgt. Würde er mehr verdienen, schriebe seine Firma Verluste und müsste ihn entlassen.

Das klingt schon moderner. Der Lohn ist also abhängig von der Produktivität. Wenn die als Folge von technischem Fortschritt steigt, machen auch die Löhne einen Sprung. An der Produktivitätsformel orientieren sich noch heute die Tarifparteien. Und sie erklärt, warum Sozialdemokraten und Gewerkschaften im Gegensatz zu den ökologisch eingestellten Grünen lange Zeit so fortschrittsgläubig waren.

Auch die Sozialpolitiker entdeckten den Lohn, auf den sie als ständig wachsende Größe fast alle Leistungen des Sozialstaats aufpropften. Schließlich bemisst der Fiskus seine wichtigsten Steuern nach dem Einkommen. Weil aber selbstständige Einkommen sich bisweilen dem staatlichen Zugriff durch Sparmodelle entzogen, blieb die Lohnsteuer die wichtigste Einnahmequelle. Man sprach vom „Marsch in den Lohnsteuerstaat“.

Die Zeiten des ständigen Lohnzuwachses sind vorbei. Und prompt türmen sich Probleme. Arbeit wird zu teuer, Arbeitslosigkeit entsteht. Viele Ökonomen machen sich für Lohnsenkungen stark. Niedrigere Löhne machen Investitionen lukrativer. Die Unternehmen weiten ihre Projekte aus, schieben die Nachfrage an, die Wirtschaft wächst und die Jobmaschine kommt in Gang. Dazu müssen aber auch die Rahmenbedingungen stimmen: Beschäftigungsverhältnisse müssen gelöst werden können, wenn der Boom nachlässt. Die Lohn darf nur mit Zeitverzögerung wieder steigen, um Neueinstellungen weiter lukrativ zu halten.

Deutschland und eine Vielzahl europäischer Industrieländer werden schon seit langem von hoher Arbeitslosigkeit geplagt. Der Grund dafür liegt neben falschen Lohnabschlüssen in der Vergangenheit zum Teil an der Globalisierung. Firmen nutzen die Lohnunterschiede zwischen aufstrebenden Volkswirtschaften in Osteuropa und Asien und den reifen Volkswirtschaften des Westens.

Die Unternehmen können sich in einem solchen Wettbewerb halten. Sie bleiben exportfähig, indem sie Zulieferungen billig auf solchen Drittmärkten besorgen. In Deutschland oder anderen Hochlohnländern dünne sie ihre Belegschaften aus. Deshalb steigen bisweilen die Börsenkurse, wenn Unternehmen Entlassungen ankündigen. Hohe Gewinne führen also nicht per se zu Neueinstellungen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Weil die Unternehmen Stellen abbauen, erhöhen sie die Gewinne.

Eine einfache Lösung auf diese Herausforderung gibt es nicht. Es hilft sicher, wenn die Gewerkschaften sich zurückhalten, um die Kluft zwischen Inlands- und Auslandsöhnen zu verringern. Schließlich verbessern die Arbeiter in Polen oder China auch ganz langsam ihre Lage. Investitionen in die eigene Fähigkeit durch gute Ausbildung und Weiterbildung verbessern zusätzlich die Position im internationalen Wettbewerb. Schließlich schafft eine Kürzung der staatlichen Transferleistungen einen Anreiz, sich intensiv um Arbeit zu bemühen. Trotzdem stehen die Arbeitsmärkte weiter vor großen Änderungen. Der Lohn und die Lohnbestandteile werden weiter unsere Diskussion entscheidend beeinflussen.

Die perfekte Kapitalanlage - der Immobilienpreis

RHEINISCHE POST/ veröffentlicht: 31.05.05

Autor: GEORG WINTERS

Düsseldorf (RP). Aktien immer noch zu riskant, niedrige Zinsen - da erscheint vielen Haus oder Wohnung als Hort der finanziellen Sicherheit. Zumal die Preise im Keller sind. Aber was sind Kriterien für den Immobilienpreis?

Wer in Zeiten unsicherer Aktienkurse und niedriger Zinsen nach der passenden Geldanlage sucht, bekommt häufig die Immobilie ans Herz gelegt. Erst recht derjenige, der eine stabile Altersvorsorge finden will. „Die perfekte Kapitalanlage“, heißt es dann. Lockmittel: Hypothekenzinsen, die von einem Rekordtief ins andere gefallen sind, und Preise, die sich genau so im Keller befinden - in Deutschland jedenfalls, während es europaweit auch nach 1995 noch deutlich nach oben ging (siehe Grafik).

Wenn Immobilienpreise sich ändern, ist das ein tiefer Einschnitt - vor allem hierzulande. Denn in Deutschland ist die Investition in die eigenen vier Wände für die große Mehrheit immer noch eine einmalige. Hat man erst mal gebaut oder gekauft, spielen Preisveränderungen auch keine Rolle mehr, weil allein mietfreies Wohnen im Alter zählt. Anders sieht's für Wiederverkäufer (beispielsweise jene, die ihr Heim wieder abgeben, um die eigene Rente aufzupeppen) und andere Investoren aus. Für jene, die auf der Suche nach der idealen Immobilie sind, stellt sich die Frage: Woran hängt der Preis?

Inflation Immobilien, so kalkulieren viele, sind ein sicherer Schutz vor Vermögensentwertung. In der Tat steigen Immobilienpreise wegen wachsender Nachfrage immer dann besonders stark, wenn die Preissteigerungsrate hoch ist. Für manche der wichtigste Faktor.

Zinsen Sinken die Zinsen, werden Kredite billiger. Das hat in den 80er Jahren zum Beispiel Japan gezeigt - allerdings mit verheerenden Folgen. Billiges Leihgeld floss reihenweise in Immobilien, Firmen finanzierten Wachstum mit Hypotheken. Dann platzte die Blase, die Firmen saßen auf riesigen Schuldenbergen, die Gläubiger auf wertlosen Hypotheken. Japan schlidderte in einen konjunkturellen Alptraum, nachdem japanische Kaisergärten zwischenzeitlich so viel wert gewesen waren wie ganz Kanada. Nur wer da rechtzeitig verkaufte, war schließlich fein raus. Solche Extremtrends gab es in Deutschland indes nie.

Steuern Damit kann man Investoren locken. Steueranreize, wie sie beispielsweise nach der Wende Investoren in Ostdeutschland geboten wurde, ließen die Preise steigen. Dies funktionierte allerdings nur, so lange kalkulierte Mieten realisierbar waren. Wenn das nicht gelingt, kommen keine Investoren mehr, und die Preise fallen. So verlor mancher Anleger in den neuen Ländern viel Geld.

Einkommen Einfache Regel: Je mehr verfügbares Einkommen ein Haushalt hat, um so eher kommt eine Immobilie in Frage. Steigende Nachfrage lässt die Preise klettern. Auch deshalb sind in Zeiten mauer Konjunktur die Immobilienpreise in Deutschland weit von ihren Höchstständen entfernt.

Standort Auf die Frage, was wichtig für eine Immobilie sei, sagen Makler gern: Erstens die Lage, zweitens die Lage, drittens die Lage. Der Standort ist das wichtigste Kriterium: Stadt oder Land, Verkehrsanbindung, Infrastruktur. In schlecht angelegenen Randlagen kosten Häuser viel weniger als in Metropolen mit unmittelbarem Zugang zu großen Verkehrsknotenpunkten. Deshalb zahlt man in Düsseldorf für manches Reihenhaus mehr als jemand, der nahe Kleve an der holländischen Grenze ein freistehendes Einfamilienhaus baut. Entsprechend verändern sich Immobilienpreise, wenn Standorte an Attraktivität gewinnen oder verlieren.

Brundstücke Wer kein Grundstück hat, kann nicht bauen. So wird Eigentumserwerb mitunter schwierig, wenn Kommunen keine Baugrundstücke ausweisen, und deshalb Bauland als knappes Gut für viele Familien mit Kindern unerschwinglich wird. Das gilt vor allem in den Ballungsräumen.

Baukosten Je höher die Baukosten, desto teurer die Immobilie. Den größten Schub gab es in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Zwischen 1990 und 1995 ging es noch einmal deutlich nach oben. Seither stagnieren die Baupreise.

Der Brotpreis - Sein oder Nichtsein

RHEINISCHE POST/ veröffentlicht: 31.05.05 Autor: ANNETT URBACZKA

Düsseldorf (RP). Wohl und Wehe der Menschen hing in früheren Jahrhunderten von der Getreideernte ab - Missernten bargen politischen Zündstoff. Doch auch in Zeiten industrieller Produktion sorgen steigende Brotpreise für Unruhe.

Wir verdienen unsere Brötchen, bitten um unser tägliches Brot, müssen manchmal kleine Brötchen backen und kennen die brotlosen Künste und das harte Brot. Das Grundnahrungsmittel Nummer eins hat vielfältigen Einzug in unsere Sprache genommen. Ist das Fehlen von Brot doch ein Synonym für Armut, Not und Hunger, hat sein Preis doch schon Aufstände ausgelöst.

Und das nicht nur im 18. Jahrhundert, als Marie Antoinette die revolutionäre Lage in Paris anheizte: „Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen“, soll die Königin über ihre hungernden Untertanen gesagt und die Bürger auf die Barrikaden getrieben haben. Noch im vorigen Jahr kam es in Belgien zu Demonstrationen, als die Regierung den bis dato staatlich festgelegten Preis für ein normales Weiß- oder Graubrot freigab.

In Deutschland wurde der Brotpreis bis in die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts reglementiert - damit ein erschwingliches Grundnahrungsmittel auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten das Überleben der Menschen sicherte. Ein Mechanismus, der seine Wurzeln in vor-industriellen Zeiten hatte, als die Versorgung mit Brot davon abhängig war, dass es keine Missernten gab, dass keine Unwetter oder Kriege die Versorgung der Menschen gefährdeten. Denn Missernten bedeuteten Hunger, Not und gesellschaftliche Unruhe.

Heute ist in Europa auch die Getreideproduktion derart industrialisiert, dass es nur noch selten zu Versorgungsgapen kommt; zudem sind die internationalen Handelsbeziehungen eng und Ausfälle darum schnell über andere Exporteure auszugleichen. Dazu kommt, dass der Rohstoff Getreide heute nur noch einen geringen Anteil am Brotpreis hat, knapp ein Viertel ist es noch, Personal- und Produktionskosten schlagen stärker zu Buche. Industrielle Brotherstellung macht die Preise erschwinglich.

Und so wird das tägliche Brot auf lange Sicht immer erschwinglicher - auch wenn die Euro-Umstellung und die anschließenden Preiserhöhungen der Bäcker hier zu Lande für großen Unmut und Unruhe gesorgt haben. Nur noch zwölf Prozent des Durchschnittseinkommens geben die Deutschen für Lebensmittel aus, in den 70er Jahren waren es mehr als 30 Prozent.

Im Warenkorb des Statistischen Bundesamts, mit dem die Wiesbadener die Steigerungsraten bei Verbraucherpreisen errechnen, machen „Brot und Getreideerzeugnisse“ gerade einmal 17,2 Promille aus - ein bisschen mehr als die alkoholischen Getränke und etwas weniger als Pauschalreisen. Diesem Anteil werden aber nicht nur Roggen- oder Toastbrot zugerechnet, sondern auch Lebkuchen, Eiernudeln und Cornflakes.

Brot ist billig - wie überhaupt die Preise für Lebensmittel hier zu Lande zu den niedrigsten in Europa gehören. Das hat der Hauptverband des Einzelhandels ermittelt. Gut ein Fünftel mehr, so die Schätzung, geben unsere Nachbarn für Lebensmittel aus. Und das nicht erst, seitdem die Geiz-ist-geil-Welle auch betuchte Bürger in die Lebensmitteldiscounter treibt. Mit knapp 85 Kilo Brot-Verbrauch im Jahr sind die Deutschen indes Spitzenreiter in der EU, auf 75 Kilo bringen es die Skandinavier, Schlusslicht sind die Luxemburger mit 50 Kilo - und der EU-Durchschnitt liegt bei 66 Kilo.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE PREISE

Kapriolen einer Leitwährung

RHEINISCHE POST/ veröffentlicht: 25.05.05 , Autor: Mark Schrörs

Düsseldorf (RP). Wenn der Greenback ungewohnt schwächelt oder wenn er unerwartete Höhen erklimmt - selten bleiben die Weltmärkte davon unbeeindruckt. Oft sind die Entwicklungen des einen Freud und des anderen Leid.

Ein Knopfdruck - und schon sind 20, 50, gar 100 Millionen Dollar verkauft. Spekulanten, die mit Währungen (Devisen) handeln, entscheiden mitunter in Sekundenschnelle über das Wohl und Wehe von Dollar, Euro oder Yen. Sprechen die US-Frühindikatoren für einen Aufschwung in Amerika und damit für den Dollar? Schwächt die Lockerung des EU-Stabilitätspakts den Euro?

Was erwartet US-Notenbank-Chef Alan Greenspan zur Dollar-Bindung des chinesischen Yuan? Tagtäglich werden an den Märkten Devisen im Wert von 1900 Milliarden Dollar gehandelt - der tatsächliche Austausch von Gütern und Dienstleistungen zwischen Ländern aber macht gerade mal sechs Prozent aus. Der Rest sind Spekulationen auf fallende oder steigende Kurse.

Schwankungen zu D-Mark-Zeiten

Kein Wunder also, wenn Währungen mitunter wahre Kapriolen schlagen. Beispiel Dollar: Ende 2004 gab's 1,3622Dollar für einen Euro - Allzeittief seit Einführung der Gemeinschaftswährung. Experten sprachen bereits von Kursen von 1,60 und 1,80 Dollar je Euro. In der Folge aber legte er kräftig zu: Am Montag gab's für einen Euro nur noch 1,2548 Dollar. Noch deutlicher war's schon mal zu D-Mark-Zeiten: Im Februar 1985 kostete ein Dollar 3,47Mark (damals noch anders notiert; würde heute einem Euro-Kurs von 0,56Dollar je Euro entsprechen), im April 1995 nur 1,35Mark (1,44Dollar je Euro).

Wenn der US-Dollar derart schwankt, schaut die ganze Welt hin. Denn 1945 hat er das Britische Pfund als Leitwährung abgelöst - und diese Position trotz zunehmender Konkurrenz durch den Euro behauptet. In einigen Staaten der Welt ist der Dollar inoffizielle Zweit- oder Nebenvährung, in vielen anderen kann man in Geschäften oder Hotels mit Dollar zahlen, ohne in Landeswährung umtauschen zu müssen. Vor allem aber: Viele Rohstoffe wie Rohöl, aber auch fertige Produkte werden an den Weltmärkten in Dollar gehandelt.

Schwächelt der Dollar im Vergleich zum Euro, ist das hierzulande des einen Freud und des anderen Leid: Es freut etwa all jene Deutschen, die in die USA reisen wollen. Für jeden hart erarbeiteten Euro können sie sich im Land der unbegrenzten Möglichkeiten mehr leisten. Auch Unternehmen, die einen Großteil ihrer Schulden in Dollar ausgewiesen haben, wie etwa die Deutsche Telekom, gehören dann zu den Gewinnern.

Leidtragende Firmen

Leidtragende sind hingegen Firmen, die im Wettbewerb mit Konkurrenten aus Amerika oder auch aus Asien stehen: Denn potenzielle Käufer müssen für die angebotenen Produkte vergleichsweise viele Greenback hinblättern. Der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger rechnet vor: Ein Mercedes der E-Klasse für 40.000 Euro würde bei einem Kurs von 1,05 Dollar je Euro etwa in den USA 42.000 Dollar kosten. Läge der Kurs hingegen bei 0,80 Dollar je Euro, wären es lediglich 32.000 Dollar. Keine Frage, bei welchem Kurs die Absatzchancen von DaimlerChrysler größer wären.

Die viel zitierte Formel „Schwacher Dollar = Starker Euro = Risiko für die deutsche Konjunktur“ stimmt aber nicht uneingeschränkt. So verbilligt etwa der schwächere Dollar die Einfuhr von Rohstoffen wie Öl. Damit reduziert sich einerseits das Inflationsrisiko und andererseits haben viele Privathaushalte und Unternehmen mehr Geld in Portemonnaie und Kasse. Ein niedriger Dollar kann auch die US-Konjunktur und damit die Weltkonjunktur beflügeln - die wechselkursbedingten Wettbewerbsnachteile werden so unter Umständen wettgemacht. Zudem: 44 Prozent der deutschen Exporte gehen heute in andere Euro-Länder, sind also unbeeindruckt von Wechselkursen. Wer Währungsrisiken im täglichen Geschäft nicht ausweichen kann, sichert sie über Terminmärkte ab (Hedging).

Wer versucht, die zum Teil erheblichen Schwankungen zu erklären, zuckt rasch mit den Schultern. Die klassischen Ansätze wie die „Kaufkraftparitätentheorie“ (unterschiedliche Inflationen in zwei Ländern), der Blick auf Wachstums- und Zinsunterschiede - all das liefert immer weniger Antworten für die kurzfristigen Schwankungen. Langfristig tendiert der Dollar schon eher im Einklang mit den Fundamentaldaten.

"Zwillingsdefizit"

Aber Vorsicht: Als der Dollar Ende 2004 so erheblich schwächelte, verwiesen die Experten gerne auf das amerikanische „Zwillingsdefizit“ in Staatshaushalt und Leistungsbilanz. Internationale Anleger wie etwa asiatische Notenbanken, europäische Unternehmen oder Privatanleger könnten ihren Appetit auf Dollar-Anlagen verlieren, deshalb sei der Greenback unter Druck. An der Situation hat sich indes in den vergangenen Monaten kaum etwas geändert - und trotzdem ist der Dollar wieder stärker geworden.

„Schlechte Konjunkturmeldungen aus den USA werden im Moment schlicht ignoriert. Dagegen rücken alle Nachrichten in den Fokus, die den Euro schwächen“, analysierte jüngst Michael Burckhart, Devisenstrategie der Hessischen Landesbank - und ließ damit erkennen, dass viele der weltweiten Händler etwas antreibt, das kaum erklärbar und wohl noch viel weniger berechenbar ist: Psychologie.

(ca.725 Wörter)

DIE WICHTIGSTEN GLOBALEN PREISE

Warum der Zins so wichtig ist

RHEINISCHE POST/ veröffentlicht: 23.05.05

Autor: Stefan Homburg

Düsseldorf (RP). Wer spart, wer investiert, wer Aktien, Immobilien oder Rentenpapiere kauft, kommt um einen der wichtigsten volkswirtschaftlichen Preise nicht herum - den Zins. Zugleich ist er der faszinierendste Preis der Wirtschaft.

An der Börse löste die Bemerkung des Notenbankchefs, eine Zinssenkung sei „nicht völlig auszuschließen“, hektische Aktivitäten aus. Händler riefen laut durch den Saal, die Telefondrähte glühten, und erst nach Börsenschluss kehrte wieder Ruhe ein. Berichte wie dieser zeigen die enorme volkswirtschaftliche Bedeutung des Zinses. Der Zins (fachsprachlich: Zinssatz) ist aber zugleich der faszinierendste Preis, er steckt voller Überraschungen und Eulenspiegeleien.

Angenommen, Sie hätten um Christi Geburt einen Cent zur Bank gebracht und ihn samt Zins und Zinseszins bis heute liegen lassen. Bei einer mäßigen Verzinsung von drei Prozent wären Sie jetzt glücklicher Eigentümer von fünf Quadrillionen Euro, eine Zahl mit 25 Nullen. Mit diesem Vermögen könnten Sie locker Tausend Milliarden Wirtschaften von der Größe Deutschlands kaufen - mit Infrastruktur, Privatvermögen und allem Drum und Dran. Der Zinseszinsseffekt hat schon manchen irritiert.

Oder betrachten wir ein praxisnäheres Beispiel: Wer ein Annuitätendarlehen zu sieben Prozent Zinsen und einem Prozent Anfangstilgung aufnimmt, braucht nicht hundert Jahre, um das Darlehen zurückzuzahlen, sondern hat es schon nach gut 32 Jahren geschafft. Denn durch die allmähliche Rückzahlung sinkt der Zinsanteil und steigt der Tilgungsanteil.

Stimmt das auch bei Zinsen von rund vier Prozent, oder ist man dann sogar schneller fertig? Leider nein: wenn der Zins nicht sieben, sondern nur vier Prozent beträgt, dauert die Rückzahlung rund elf Jahre länger. Ein hübsches Paradox und zugleich eine Warnung an die Jüngeren, lieber eine höhere Anfangstilgung zu vereinbaren.

Volkswirtschaftlich beruht die Bedeutung des Zinses darauf, dass kleine Werte mit sehr großen Kapitalsummen multipliziert werden. Der deutsche Staat ist derzeit mit rund 1500 Milliarden Euro verschuldet. Jeder Zinsanstieg um einen Punkt bedeutet demnach höhere Zinsausgaben von 15 Milliarden Euro jährlich. Um nur das zu decken, müsste die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent steigen.

Es kann also nicht verwundern, daß Notenbankchefs wie Alan Greenspan oder Jean-Claude Trichet im Rampenlicht stehen. Ihnen traut man zu, die Zinsen nach Gusto erhöhen oder senken zu können, und traditionellem Ritual zufolge sind sich Wirtschaft und Gewerkschaften in diesem Punkte einig: Die Zinsen müssen niedrig sein, damit die Konjunktur rund läuft.

Warum senken der amerikanische und der europäische Notenbankchef die Zinsen dann nicht auf Null? Die Wahrheit ist auch hier verzwickter, weil Notenbanken den Zins gar nicht beeinflussen können. Jedenfalls nicht den langfristigen Realzins. Unter „Realzins“ versteht

man den am Markt beobachtbaren Zins abzüglich der Inflationsrate. Ein Beispiel: Wenn der Marktzins fünf Prozent beträgt und die Preise jährlich um zwei Prozent steigen, liegt der Realzins bei drei Prozent. Wer sein Vermögen sorgfältig verwaltet, muss das Vermögen jährlich um die Inflationsrate aufstocken, wenn die Kaufkraft unverändert bleiben soll.

Umgekehrt veranschlagt auch ein kluger Investor den Realzins. Und diesen Realzins können Notenbankchefs nur wenig beeinflussen, weil sich die Marktteilnehmer nicht durch die Inflation täuschen lassen. Ein Beispiel hierzu: Zwischen 1992 und 2003 fiel der Marktzins in Deutschland von 7,9 auf 4,1 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank die Inflationsrate aber von 5,1 auf 1,1 Prozent. Der Realzins blieb mit 2,8 und 3,0 fast unverändert.

Heutzutage, nach der Liberalisierung der Kapitalmärkte, reagiert der Realzins kaum auf Änderungen der inländischen Investitionsnachfrage oder der Staatsverschuldung. Er wird im Weltmarkt bestimmt. Umgekehrt schwappen Zinsimpulse aus den USA oder Asien nach Deutschland hinein. Faszinierend ist die historische Konstanz des Zinses. Wie stark sich die Welt in den letzten 3000 Jahren auch geändert hat - der inflationsbereinigte Zins lag zwischen zwei und vier Prozent, wie man aus alten Schriften weiß. Karl Marx' Prognose eines „tendenziellen Falls der Profitrate“, eines ständig sinkenden Realzinses, hat sich bislang nicht bestätigt.

(ca.600 Wörter)

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE PREISE

Warum der Ölpreis so wichtig ist

RHEINISCHE POST/ veröffentlicht: 20.05.05

Autor: Annett Urbaczka

Düsseldorf (RP). Der Ölpreis ist einer der wichtigsten Preise für die Wirtschaft. Von seinen Schwankungen hängen Volkswirtschaften ganzer Länder ab, die der Förderländer, die vom Export leben, ebenso wie die der Verbraucherländer.

Explodierende Ölpreise und horrenden Benzinkosten beunruhigen die Nation: Industriebosse sorgen sich um bezahlbare Rohstoffe, Autofahrer um hohe Spritrechnungen. Wenn das Barrel, also 159 Liter, mehr als 50 Dollar kostet, wenn Experten Kosten von mehr als 100 Dollar prognostizieren, wenn Verbraucher mit steigenden Kosten für Sprit und öl-haltige Produkte belastet werden dann stellt sich die Frage, welche Faktoren den Ölpreis bestimmen. Denn das schwarze Gold ist in Industrienationen wie Deutschland „einer der wichtigsten Inputfaktoren, bei vielen Produkten und in vielen Branchen“, erklärt Ulrich Fritsche, Konjunktexperte des Deutschen Instituts der Wirtschaft (DIW).

Entscheidend sind Angebot und Nachfrage allerdings unter speziellen Bedingungen. Denn Öl ist eine endliche Ressource, und darum wirkt in der Preisbildung ein zusätzlicher Faktor: Der Preis steigt, je näher das Ende der ökonomisch sinnvollen Ölförderung kommt; doch am Ende wird die Suche nach alternativen Energiequellen so intensiv sein, dass die Reserven nicht bis auf den letzten Tropfen ausgenutzt werden. Experten streiten aber, wann dieses Ende kommt: Ihre Prognosen schwanken zwischen 2035 und 2045 denn sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite gibt es gravierende Veränderungen.

Nachfrage I Nach den Ölpreis-Krisen in den 70er und 80er Jahre hat sich die Bedeutung dieses Energielieferanten verringert. Die Energieintensität, also das Verhältnis von Öl-Einsatz und volkswirtschaftlicher Wertschöpfung, hat sich seit den 70ern um 40 Prozent verringert. Denn Unternehmer und Verbraucher sparten (teure) Energie. Während der Ölverbrauch pro Einheit der Wertschöpfung sank, stieg deren absolute Zahl zwar mit dem Wirtschaftswachstum doch in der Summe geht der Verbrauch zurück.

Angebot Solche Sparmaßnahmen führen zu sinkenden Preisen. Ähnlich preissenkend wirkt aber auch das wachsende Angebot. Fortschritte in der Fördertechnik ermöglichten in den 80er Jahren die Erschließung der Felder in der Nordsee vor Großbritannien und Norwegen. Fortschritte in der Raffinerietechnik machen eine Verarbeitung von Ölsorten rentabel, die sich früher nicht gelohnt hat; davon profitieren vor allem südamerikanische Staaten wie Brasilien und Venezuela. Auch der Zusammenbruch der Sowjetunion vergrößert das Angebot denn Republiken wie Aserbeidschan oder Kasachstan bringen nun Öl auf den Weltmarkt, das Moskau früher als strategische Reserve zurückgehalten hat.

Nachfrage II Trotzdem beobachten wir steigende Preise wegen des Asien-Booms: In den „Ländern mit nachholender Wirtschaftsentwicklung“ wie China und Indien wächst der Energieverbrauch sprunghaft. Ein einfaches Beispiel: Wo früher Fahrrad gefahren wurde, können die Menschen sich heute schon per Moped oder gar mit dem Auto fortbewegen. Und:

In diesen Ländern, so DIW-Experte Fritsche, hat die Energieeffizienz, also der Ausstoß pro eingesetzter Einheit Öl, ein Niveau, das in Deutschland in den 60er Jahren aktuell war.

Der aktuelle Ölpreis belastet Wirtschaft und Verbraucher spürbar - doch die Auswirkungen werden nicht so schädlich sein wie in den zurückliegenden Ölkrisen. Denn, so Ulrich Fritsche, damals geriet Deutschland in eine Lohn-Preis-Spirale: Das Öl trieb die Inflation, die Zentralbanken erhöhten die Zinsen, um dem entgegenzuwirken, und die Gewerkschaften handelten höhere Löhne als Inflationsausgleich aus das verpasste der Wirtschaft schwere Dämpfer. Heute ist die Lage anders: Die Zinsen liegen auf historisch niedrigem Niveau, und der Wettbewerb mit Niedriglohn-Ländern führt zu sinkenden Lohnstückkosten das gleicht den Ölpreis-Druck zumindest ein wenig aus.

(ca.535 Wörter)